

AL Info ⁴/₁₇

2 Neue Mitstreiterin für den Wahlkampf: Wir heissen unsere neue Sekretariatsmitarbeiterin Laura Braunschweig willkommen.

4 Nein zur Finanzierung von Kriegsmaterial! Im Gastartikel spricht Friedensaktivistin Louise Schneider über Freiheit und Verantwortung

5 Liegenschaftendeal der Stadt mit der SwissLife: Niggi Scherr erklärt, wie sich die AL gegen die «Seefeldisierung» einsetzt.

Unruhe bewahren, Veränderung einfordern

Die Stadt Zürich hat ein schönes Programm und das nötige Kleingeld, vieles davon auch auf den Weg zu bringen. Die Umsetzung ist kein Selbstläufer.

Mehr bezahlbare Wohnungen und eine gute soziale Durchmischung. Die Erhöhung des Anteils von öV, Fuss- und Veloverkehr am gesamten Verkehrsaufkommen um 10 Prozentpunkte bis 2021. Eine Eltern entlastende und die Chancengleichheit fördernde Tagesschule bis 2025. Der Ausstieg aus dem Atomstrom bis 2034. Und natürlich die Willkommenskultur für Flüchtlinge. Beim Deklamieren sind Zürichs linksgrüne Homines Politici Weltmeister. Sie wissen, wie man politische Botschaften formuliert und dafür Mehrheiten gewinnt.

Was davon im Alltag ankommt, steht auf einem anderen Blatt. Weniger Autoverkehr? Der Stadtrat hat sich mit Verve für den Rosengartentunnel ausgesprochen. 2000-Watt-Ziel? Bitte nicht darüber reden, wenn es um die Erträge der Flughafenaktien geht. Ausstieg aus dem Atomstrom? Statt für das Abwracken von Gösgen zu kämpfen, verkaufen wir die ewz-Beteiligungen nach China oder Indien. Refugees welcome? Wegen der geplanten Unterbringung von unbegleiteten Minderjährigen im für Kinder völlig untauglichen Bundesasylzentrum brechen wir keinen Streit mit Simonetta Sommaruga vom Zaun. Mehr Chancengleichheit in der Schule? Sie scheitert schon deshalb, weil man nicht bereit ist, ein grosses Investitionsprogramm in den stürmisch wachsenden Quartieren zu lancieren, in denen Jahr für Jahr 1000 Kinder mehr eingeschult werden. Soziale Durchmischung? Sie wäre der Schlüssel, um Kindern aus Familien ohne akademischen Hintergrund den Zugang zur Bildung zu erleichtern und ihnen Chancengleichheit zu ermöglichen. Die Statistiken zeigen aber, dass Einkommen immer noch stark mit höherer Bildung gekoppelt ist und dass der Anteil einkommensstarker,

gut ausgebildeter Personen in allen Stadtquartieren rasant ansteigt.

Es rettet uns kein höheres Wesen

Was läuft schief? Es ist das alte Lied: Programmartikel sind das Papier nicht wert, wenn nicht ein Vielfaches der Energie, die für ihre Ausarbeitung eingesetzt wurde, auch für ihre Umsetzung mobilisiert werden kann. Politische Repräsentant*innen und Entscheidungsträger setzen auf bewährte Netzwerke. Ohne Druck von aussen und unten findet Veränderung nicht statt.

Beispiel gefragt? Nachdem in der Gemeindeordnung das 33-Prozent-Ziel für Wohnungen mit Kostenmiete festgesetzt worden ist, haben die dank dieser Bewegung in die Stadtregierung Gewählten die Richtlinien für die Verhandlung mit Grundeigentümern neu festgelegt. Umzonungen und Gestaltungspläne gibt es seither nur noch, wenn ein Drittel der Wohnnutzungen der Kostenmiete unter-

stellt sind. Da nur ganz wenige Bauprojekte auf Umzonungen oder Gestaltungsplänen basieren, wird auf diesem Weg das 33-Prozent-Ziel nie erreicht werden können. Deshalb ist die Bewegung, die von Stadt und SBB im Noigass-Projekt 100 Prozent Kostenmiete verlangt, so wichtig.

Das Gleiche gilt für die Willkommenskultur. Zürich braucht eine starke Bewegung für die City-Card, wenn die Stadt ein Zufluchtsort für Flüchtlinge werden soll. Und es gilt noch viel mehr für das Zureich-Zürich: Wenn die Tabula-Rasa-Strategie bei der baulichen Erneuerung und die systematische Zerstörung preisgünstiger Liegenschaften nicht (mit Mieterkämpfen) gestoppt werden kann, wird die Stadt in den nächsten zehn Jahren noch mehr zur Insel der gut Ausgebildeten mit gutem Einkommen.

Im März 2018 wählt Zürich. Im Zentrum der AL-Kampagne werden die obigen Fragen stehen.

Walter Angst, Gemeinderat AL



Refusé, zurück. Weg von leeren Programmartikeln, die im Alltag nicht ankommen. Ohne Druck von aussen und unten findet Veränderung nicht statt. Auch dafür geht die AL auf die Strasse. Und schnürt Pakete. Foto anlässlich einer Aktion gegen den städtischen Liegenschaftentausch mit der Swiss Life, Rämistrasse 39, 13. Juli 2017. Foto: Edi Böni

Parolen und Positionen

Abstimmungen vom 24. September

BUND

Bundesbeschluss über die Ernährungssicherheit (Gegenentwurf z. zurückgezogenen Volksinitiative) **Stimmfreigabe**

Zusatzfinanzierung der AHV durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer **JA**

Bundesgesetz über die Reform der Altersvorsorge 2020 **JA**

KANTON ZÜRICH

Sozialhilfegesetz (Aufhebung Sozialhilfeleistungen für vorläufig Aufgenommene) **NEIN**

Gegenvorschlag zur «Anti-Stauinitiative» **NEIN**

Gesetz über Jugendheime und Pflegekinderfürsorge **JA**

STADT ZÜRICH

Bundesasylzentrum auf dem Duttweilerareal **Stimmfreigabe**

Liegenschaften-Tausch mit der Swiss Life **NEIN**

Gemeindebeschluss «Rationelle Verwendung von Elektrizität»

Parole wird am 29.8. gefasst

ewz, Rahmenkredit von 200 Millionen Franken für den Erwerb von Energieerzeugungsanlagen, die erneuerbare Energie nutzen

Parole wird am 29.8. gefasst

Steuergesetz (Begrenzung der Abzüge für den Arbeitsweg) **JA**

Finanzen

Der Wahlkampf ist auf Kurs! Hilf der AL mit deiner Spende, weiterhin im Parlament und im Stadtrat in Zürich mitreden zu können! Konto: 87-63811-5
IBAN: CH53 0900 0000 8706 3811 5
Vermerk: Wahlen. Herzlichen Dank!

Impressum

Redaktion: Niklaus Scherr, Attilio Stoppa, Andrea Leitner, Corin Schäfli, Yvonne Lieberherr

Layout: Yvonne Lieberherr, Corin Schäfli

Erscheint: 6-mal jährlich

Auflage/Druck: 2200 Ex., Druckerei Nicolussi, Zürich

Sekretariat: Alternative Liste (AL)
Molkenstrasse 21, 8004 Zürich
www.al-zh.ch, sekretariat@al-zh.ch,
044 242 19 45/076 577 45 19

Abschied von Eugène Suter

Unser Freund und Genosse, Eugène Suter, ist tot. Anlässlich der Seeüberquerung erlitt Eugène einen Herzstillstand und konnte trotz sofort eingesetzten Reanimationsversuchen nicht mehr zurückgeholt werden.

Eugène wurde vor 66 Jahren in Neuchâtel geboren und ist in Genf aufgewachsen. Da sein Vater früh starb, wurde er als Ältester bald zum Vaterersatz für seine jüngeren Geschwister. Er kam zum Studium an die ETH nach Zürich und wurde dort, als Sohn einer gutbürgerlichen Familie, in die Wirren der 68iger hineingezogen und geriet auf linke Abwege. Nach einem Studienfachwechsel schloss er seine Erstausbildung als diplomierter Sozialarbeiter ab. Er schloss sich der POCH an und kandidierte für diese in Schwamendingen für den Gemeinderat. Die POCH errang 1982 dort tatsächlich einen Sitz, Eugène landete auf dem ersten Ersatzplatz und rutschte 1984 in den Rat nach. Als sich die POCH 1990 auflöste, ging ein Teil der Mitglieder zu den Grünen, einige wenige zur SP und die Prinzipientreuen gründeten die AL. Zu diesen gehörte auch Eugène, der damit als einer der Gründerväter der AL bezeichnet werden darf. Beruflich etablierte sich Eugène als selbständiger Treuhänder. Da war es naheliegend, dass Eugène während

langen Jahren die Buchhaltung der AL besorgte. Später kühlte sich das Verhältnis zur AL merklich ab. Als er bei einem Rücktritt aus dem Gemeinderat zwar hätte nachrücken können, verzichtete er auf Wunsch der Partei zu Gunsten einer jungen Frau auf die Nachfolge. Es sollte anders kommen. Eine weitere, hinter Eugène auf der Liste platzierte Kandidatin, übernahm das Mandat und verhinderte die angestrebte Rochade. Dieser Vorgang kränkte Eugène stark. Trotzdem nahm er weiterhin jährlich an den Generalversammlungen der AL teil, das letzte Mal am 30. Mai dieses Jahres.

Seiner linken Einstellung getreu, war Eugène ein sehr aktiver Gewerkschafter, der dem vpod auf verschiedenste Art und Weise diente. Seine Solidarität mit den Sans Papiers manifestierte sich in seinem Engagement für die Sans-Papiers Anlaufstelle Zürich SPAZ, bei der er sich lange Jahre im Vorstand engagierte.

Eugène war nicht nur ein begnadeter Koch, er war auch ein liebevoller Partner, der seine von einem Hirnschlag getroffene Partnerin während Jahren intensiv betreute.

Wir werden uns gerne an unseren Genossen zurückerinnern.

Marco Medici,
Vorstandsmitglied AL

Maya Bertschi ist neue Oberrichterin der AL



arbeitet seit 1992 als Richterin am Bezirksgericht Zürich.

Maya Bertschi ist trotz ihrer langen Laufbahn auf den Gerichten nie betriebsblind geworden, sondern begegnet dem Menschen in allen Lebenslagen mit Respekt. Eine beste Voraussetzung, um nicht vom hohen Ross herab Recht zu sprechen.

Markus Bischoff, Kantonsrat AL

Am 10. Juli 2017 wählte der Kantonsrat Maya Bertschi auf Vorschlag der AL-Fraktion an das Obergericht des Kantons Zürich. Maya Bertschi, Jahrgang 1960,

Neue Mitarbeiterin im AL-Sekretariat

Nach dem Abgang von Corin Schäfli nimmt Laura Braunschweig die Arbeit im AL-Sekretariat auf. Zu einem 30-Prozent-Pensum unterstützt sie die Partei ab sofort bei der Kampagnenarbeit und im Sekretariat. Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit. Herzlich willkommen!

Yvonne Lieberherr,
Politische Sekretärin



Blick auf den Sitzungstisch der AL-GemeinderätInnen, an einem Samstagmorgen im Juli... Gute Politik will vorbereitet sein!

Im Gespräch mit Willi Wottreng



Willi Wottreng. Foto: Dieter Kubli

Willi, du hast zugesagt, für die Gemeinderatswahlen vom nächsten Frühling auf einer AL-Liste zu kandidieren. Warum?

Ich finde, in der politischen Landschaft braucht es eine Kraft mit autonom denkenden Köpfen. Der programmatische Teil ist weniger wichtig für mich. Ich wünsche mir ein sozial engagiertes, urban orientiertes Sammelbecken – die Leute bei der AL, die ich kenne, entsprechen dem.

Was bist du von Beruf?

Ich bin immer noch Journalist und Buchautor und zudem Geschäftsführer der jenischen Dachorganisation «Radgenossenschaft» – und im Übrigen mit Jahrgang 1948 AHV-positiv.

Woher kommst du von Seiten der Ausbildung?

Ich habe Geschichte studiert in Zürich, Marburg und Frankfurt und bin dann auf Umwegen über eine 68er-Karriere zu den Zeitungen gekommen. Dort fand ich in den Neunzigerjahren Unterschlupf, wo es für mich ideologisch möglich war, bei der damals linksliberalen Weltwoche. Später, nach dem Schwenk dieser Zeitung auf einen rechtskonservativen Kurs, 2002 bis zur Pensionierung 2013, schrieb ich für die NZZ am Sonntag.

Kannst du noch etwas zu deiner «68er-Karriere» sagen?

Ich war ein bunter Hund in Zürich, ein Exponent der maoistischen Strömung und bereue auch heute nichts, ausser dass es politisch eine Sackgasse war. Kulturell aber halte ich die 68er-Rebellion für einen Grosseffolg, wir brachten die verschiedensten sozialen Anliegen durch, die heute Allgemeingut sind, von der Genderfrage bis zur Umwelt...

... oder zu jenem Bereich, wo du heute speziell aktiv bist, bei den Rechten von Minderheiten in der Schweiz wie den Jenischen.

Ja, die Aktion «Kinder der Landstrasse» wurde 1972 von jenischen Aktivistinnen und Aktivisten mit 68er-Geist aufgedeckt, nachdem den Jenischen von der Pro Juventute 46 Jahre lang die Kinder entrisen und fremdplatziert wurden.

Begann damit nicht auch ein Emanzipationsprozess für die Jenischen?

Ja klar, im Laufe dieses Aufbruchs haben sie eine kollektive Identität entwickelt. Früher waren sie «die Kinder der Landstrasse», also die Opfer, dann die «Fahrenden», auch wenn sie nicht fuhren – jetzt sind sie die «Jenischen» und «Sinti», wie sie sich selber bezeichnen. Sie sind nun auch als nationale Minderheit anerkannt. Das ist europaweit einmalig!

Dieses Engagement für Minderheiten wie den Jenischen hat ja wohl auch mit dem Inhalt deiner Bücher zu tun. Du bist Autor von über einem Dutzend Büchern, meistens Biografien. Bei den portraitierten Personen handelt es sich oft um Personen, die «am Tüüfel vom Charre gheist sind»: Tino der Rockerkönig der Sechzigerjahre, die Bankräuber Deubelbeiss & Co. der Fünfzigerjahre, Lady Shiva, Prostituierte in den Siebziger, aber auch Lydia Escher, Tochter des Eisenbahnkönigs Alfred.

Ich habe, vor allem im Rahmen meines Brotjobs bei der NZZ am Sonntag, Nachrufe geschrieben, und zwar von ganz normalen Leuten, die oft gebrochene Biografien hatten. Mich interessierten immer schon Menschen am Rand, Lebensläufe, die nicht in den vorbestimmten Bahnen verliefen. Solche Menschen faszinieren mich – nicht aus Altruismus, sondern weil man von der Randposition aus Mechanismen und Normen, die uns selber prägen, besser versteht.

Und was würdest du mit der AL bewirken wollen?

Ich verstehe mich als Quartierindianer, war auch acht Jahre in der «Kulturintendanz» der Genossenschaft Kalkbreite tätig. Darum will ich beitragen, dass die Quartiere in den Kreisen 4, 3 und 5 urban bleiben, sozial, mit Nischen, mit Menschen verschiedener Einkommensstufen. Und ich will als Historiker, dass die Geschichte nicht ganz aus dem Alltag verschwindet: Ich bin verbunden mit der Hellmutstrasse bei der Bäckeranlage. Da möchte ich weiterhin spüren, dass das einmal eine jenische Strasse war.

David Winizki

AL Buchtipp

Andrea Leitner empfiehlt:



Christoph Bartmann: Die Rückkehr der Diener – Das neue Bürgertum und sein Personal. Carl Hanser Verlag, München 2016, ISBN 9783446252875.

So wie die meisten heute etwa ihren Fleischkonsum hin-

terfragen, so sollte man das auch mit Blick auf gewisse Dienstleistungen tun, namentlich die sogenannten einfachen oder haushaltsnahen Dienste, jene der Putzfrau, der Nanny, der Rund-um-die-Uhr-Pflegerin, des Pizzalieferanten oder des Hundeausführers. Das Buch beleuchtet diesen Aspekt der modernen westlichen Gesellschaft und moniert den hohen Grad an Selbstverständlichkeit, mit der gerade der gestresste Mittelstand sich solche Dienstleistungen einkauft, um sich dadurch eine bessere Work-Life-Balance zu sichern. Dass wir uns damit selber in Abhängigkeiten begeben, gleichzeitig unseren Tieflohn-Dienstleistern ähnliche Ansprüche auf ein erfülltes Leben absprechen, ja, sogar mithelfen, die globale, auf Arbeit basierte Ungleichheit weiter zu zementieren. Das und vieles mehr wird der Leserschaft leicht verständlich und gut recherchiert vor Augen geführt.

Adel Gavranovic empfiehlt:



Bruce Bueno de Mesquita, Alastair Smith: «The Dictator's Handbook – Why bad behavior is almost always good politics», PublicAffairs, 2011. ISBN 9781610391849.

Jeder, der sich schon einmal gefragt hat, wie

Staatschefs und CEOs Entscheidungen treffen und weshalb diese so oft nicht mit den Interessen des Volkes beziehungsweise der Angestellten übereinstimmen, muss dieses Buch unbedingt lesen. Bruce Bueno de Mesquita und Alastair Smith handeln in diesem Buch Prozesse und Strategien zu Machterhalt und Machtausübung ab. Es sei genug gesagt, dass selbst der scheinbar mächtigste Diktator oder CEO auf seine Unterstützer angewiesen ist, um sein Reich oder seinen Konzern am Leben zu erhalten. Wie sich potentielle Autokraten (selbst in einer Demokratie) die Unterstützung und Loyalität ihrer Anhänger sichern, verdeutlichen die Autoren mit zahlreichen Beispielen, die jeden Leser treffen könnten. Das Buch ist zurzeit nur in englischer Sprache erhältlich.

Louise Schneider spricht über ihre Freiheit und ihre Verantwortung

Louise Schneider ist Friedensaktivistin der ersten Stunde. Am Lancierungstag der Kriegsgeschäfte-Initiative sprayte die jetzt 87-jährige den Schriftzug «Geld für Waffen tötet» an die Schweizerische Nationalbank. Warum sie dies tat, war in Zeitungen von Venezuela bis Hong Kong zu lesen. GSoA-Sekretär Basil Schöni hat sich mit Louise getroffen, um über die enorme mediale Aufmerksamkeit zu sprechen, mit der sie auch vier Monate nach ihrer Aktion noch konfrontiert ist.

Es sind sehr viele Journalist*innen zu dir gekommen und sehr viele Zeitungen haben entschieden, Artikel über dich zu drucken. Wieso funktioniert diese Geschichte der alten Frau, die sich noch politisch engagiert, auf der ganzen Welt so gut? Wieso finden das alle so etwas Aussergewöhnliches?

Das habe ich nie begriffen. Das Alter ist ein Teil des Lebens, genau wie die Jugend und die Kindheit. Das ist nichts

Spiegel [angrenzendes Quartier, Anm. d. Red.] reden schon viel darüber. Die dort oben sind ja nicht gerade meine Freunde. Von dort an, wo der Boden 1 500 Franken pro Quadratmeter kostet, bin ich nicht mehr so wohl. Sie haben mich auch nicht mehr gegrüsst im Bus. Dummerweise – das wusste ich nicht – kam eine Zeit lang in unserem Bus mein Portrait auf einem Bildschirm. Ich sah nur die blöden Gesichter und dachte «Gott, ich habe denen doch nichts zuleide getan». Dann sagte meine Freundin: «Schau dort oben, du kommst immer auf dem Bildschirm.» Da war schon eine Schmerzgrenze erreicht. Aber ich bin ein freier Mensch. Es braucht zwar Kraft, aber ich bleibe dabei. Mit allem, was dazu gehört.

Wäre es für dich je in Frage gekommen, zu sagen, «Das ist mir zu viel mit diesen Journalist*innen, das lasse ich sein»?

Ohne Weiteres. Ich hätte sofort sagen können: «Das will ich nicht». Aber ich

Ich muss bestehen können, vor allem auch vor mir selber!

Der Blick hat dich nach deiner Aktion oft als «Sprayer-Grosi» bezeichnet. Als nach nur drei Monaten 50 000 Unterschriften zusammen waren, sprach er sogar von der «Sprayer-Grosi-Initiative». Was hältst du davon?

(Lacht) Das ist denen ihr Brot. Das muss man nicht beachten. Das Traurige ist, dass der Blick von Leuten ohne Bildung ernst genommen wird. Und die gehen dann abstimmen. Ich hatte letzten Sonntag ein Gespräch mit Leuten aus meinem Umfeld. Die schwören auf den Blick. Sie haben ständig geredet und getan, als ob meine Aktion sowieso nichts bringe, und so weiter. Ich habe ihnen geantwortet: «Hört mal, ich mache keine Bilanz. Ich muss von nichts in meinem Leben eine Bilanz machen. Ich habe etwas gemacht, was mir entspricht. Was die Anderen daraus machen, ist nicht mein Brot.»



Besonderes. Ich habe mich dafür entschieden, irgendwann im Lauf meines Lebens, und dann spielt es keine Rolle, ob ich alt bin oder nicht. Im Alter bin ich bloss noch ein bisschen pointierter geworden. Denn das Alter bietet einem die grösste Freiheit im ganzen Leben. In keiner anderen Lebensphase sind wir so frei. Und warum wird diese Freiheit nicht genutzt? Diese Frage musste ich immer wieder stellen.

Findest du es denn etwas Spezielles, was du gemacht hast?

Nein, ich nicht. Aber die Leute im

habe gespürt, wie das Ganze plötzlich eine Kraft bekam. Dann kann man nicht mehr einfach aussteigen – das geht nicht.

Was ist das denn für ein Gefühl, jetzt wo dir die Leute so zuhören?

Ich hatte immer das Gefühl, dass ich verantwortlich bin für das, was ich sage. Ich nehme das nicht auf die leichte Schulter. Manchmal war es lustig, klar, aber der Inhalt hat keinen Unterhaltungswert für mich. Ich bin kein frommer Mensch, aber ein gläubiger. Ich habe einen Glauben. Und dieser Glaube ist, dass ich Rechenschaft schuldig bin für mein Leben.

Und wenn der Blick dann vom «Sprayer-Grosi» schreibt...

...dann ist das halt der Blick! Die drucken ja auch blutte Frauen ab! Aber ich habe gelernt, dass man kein Pulver verschiessen sollte. Auch eine GsoA muss das nicht. Aber wenn es in der NZZ stehen würde, würde ich sagen: «Seid ihr von allen guten Geistern verlassen?»

Basil Schöni, GSoA-Sekretär

Termine

Freitag, 15. September, 19.00 Uhr, sogar theater: Ein ganz normaler Abend mit Richi Wolff

Richi Wolff, Niggi Scherr, Evtixia Bibassis und weitere Gäste laden ins sogar theater. Kommt und diskutiert mit! Darüber, was die Stadt in den Kreisen 4 und 5 kann und soll, über Quartierentwicklung, über Wohnungen, Wohnraum und mehr.

Samstag, 16. September, 13.30 Uhr, VBZ-Tramdepot Kalkbreite:

10-Jahre-Jubiläum Kalkbreite, der politische Nachmittag. Podien u.a. mit Manuela Schiller und Stadtrat Richi Wolff

Donnerstag, 5. Oktober, 19.00 Uhr, AL-Vollversammlung (anstatt 26. September)

Immo-Specki Swiss Life

Am 24. September stimmen wir dank einem AL-Referendum über den Immo-Deal der Stadt mit der Swiss Life ab. Ein Porträt des gefräßigen Immo-Giganten von Niggi Scherr.

Von der Genossenschaft...

Vor 25 Jahren hiess sie noch Rentenanstalt, war eine Genossenschaft auf Gegenseitigkeit und nicht an der Börse kotiert. Schon damals war sie die grösste private Grundeigentümerin der Schweiz. Jedoch mit einer pragmatischen, eher zurückhaltenden Mietpolitik. So wurde den Wohnungsmietern jeweils ein um ein Viertelprozent tieferer Hypozins verrechnet, der gleiche, den der Versicherer auch von seinen Hypothekarnehmern verlangte.

Swiss Life heute der grösste Grundeigentümer an der Bahnhofstrasse und einer der aggressivsten Player im City-Monopoly. Hautnah konnten und können die Zürcherinnen und Zürcher das bei ihrem Kampf gegen das Warenhaus Manor verfolgen. Statt dem Warenhaus will die Swiss Life dort kleinere Boutiquen und Anwaltskanzleien einquartieren. Damit erziele man höhere Mieten, so Swiss-Life-Immobilienchef Martin Signer: «In unseren Immobilien steckt das Geld der Versicherten, ihnen sind wir verpflichtet.» (20 Minuten vom 25. September 2013). Für die Vertragsverlängerung bis zum definitiven Rausschmiss will sie für die 10 000 Quadratmeter Mietfläche 19 statt der bisher 6 Millionen Franken Miete. Mehr als das

ausgeschüttet. Alle steuerfrei: von 2005 bis 2011 reduzierte Swiss Life durch Rückzahlungen schrittweise den Nennwert der einzelnen Aktien, ab 2012 schüttete sie – Merz sei Dank – die Kapitaleinlagereserven aus.

Führender Kopf der Immo-Lobby

Last but not least: Swiss Life und ihre Tochter Livit spielen eine führende Rolle innerhalb der Schweizer Immobilienlobby. Livit-CEO Andreas Ingold präsidiert den Schweizerischen Verband der Immobilienwirtschaft SVIT und Renato Piffaretti, Head of Real Estate bei der Swiss Life, hat den Vorsitz im Beirat des vom SVIT mitfinanzierten und zur Hochschule für Wirtschaft gehörenden Swiss Real Estate Institute SwissREI. Das SwissREI – so die Webseite – «definiert volkswirtschaftlich relevante Themenschwerpunkte und zukünftigen Handlungsbedarf aus Sicht der Schweizer Immobilienwirtschaft.» Gestützt auf eine Datenbank mit Erstvermietungs-Angaben von Immofonds, Versicherungen und grossen Verwaltungen – u.a. von Swiss Life und Livit – bietet es SVIT-Mitgliedern auf der Plattform «Orts- und Quartierüblichkeit» www.oqu.ch Vergleichsmieten für Neuvermietungen an. Unter dem Deckmantel der Wissenschaftlichkeit wollen die Grossen damit ihre Preispolitik als Norm auf dem Mietwohnungsmarkt durchsetzen. Ein klassischer Fall von Kartellpolitik, für den sich vielleicht auch die WEKO näher interessieren sollte...

Niggi Scherr, Alt-Gemeinderat AL



Demo vom 7. Februar 2014 gegen den Rausschmiss von Andys Tierhüüsli

... zum Immo-Specki

Tempi passati. Heute heisst sie Swiss Life, ist an der Börse und betreibt eine forsche Acquisitions- und Vermietungspolitik. 2014 hat sie von Urs Ledermann für 273 Mio Franken 28 Liegenschaften – davon 19 im Seefeld – erworben und treibt damit die Gentrifizierungs-Spirale im Kreis 8 weiter nach oben. 2012 hat sie von der Swiss Prime Site die Eckliegenschaft am Helvetiaplatz (Café BANK) für einen Rekordpreis von 34.5 Mio Franken gekauft. Und den Kleingewerbler Andys Tierhüüsli nach 15 Jahren harter Arbeit mit einer völlig überrissenen Mieterhöhung rausgeekelt. Über ihre Tochter Livit AG – hinter Winca – bewirtschaftet die Swiss Life 150 000 Mietobjekte mit einem Liegenschaftswert von 36 Milliarden Franken.

Manor: Swiss Life als Bahnhofstrasse-Killer

Mit acht Liegenschaften – letzte Acquisition das Franz-Carl-Weber-Haus – ist

Dreifache, weit über dem, was ein Verkaufsgeschäft vom Umsatz her erwirtschaften kann. Der unmittelbar benachbarte Jelmoli zahlt – nach einer kräftigen Mieterhöhung im Jahr 2013 – aktuell 29 Millionen Franken – allerdings für die dreieinhalbfache Fläche. Das sind 788 Franken pro m² und Jahr, etwas mehr als Manor heute zahlt, aber weit entfernt von den knapp 2 000 Franken, die Swiss Life neu fordert.

Ein Kaufangebot von Maus Freres für das Manor-Haus für 500 Millionen – 309 000 Franken pro Quadratmeter Arealfläche! – hat die Swiss Life als ungenügend abgelehnt. Zum Vergleich: Die Swiss Prime Site AG bewertet das viermal so grosse benachbarte Jelmoli-Areal aktuell mit 814 Millionen Franken.

2.8 Milliarden steuerfreie Dividenden

Die Aktionäre können sich nicht beklagen Seit 2005 wurden insgesamt 2 808 Millionen Franken Dividenden



Hugo Ball (alias Niggi Scherr) beim Flug-Verteilen am Riesbach-Fest. «Hugo Ball hätte Nein gesagt zu diesem Deal»

Der Traum vom Hammam

Mit dem Wegzug der Stadtpolizei wird 2022 am oberen Rand der Winterthurer Altstadt viel Raum frei. Pläne für ein Hotel, Kulturhaus oder ein Wellnessbad gibt es bereits. Doch was braucht Winterthur in fünf Jahren wirklich?

Im Jahre 1864 wurde an der Badgasse 6 eine Bade- und Waschanstalt eröffnet. Eine kleine Sensation: zwölf Wannen aus edlem Marmor, zwei Duschzellen, sieben Wasserklosetts sowie eine Wäscherei mit Waschmaschine und Warmlufttrockner bot das Haus. Ergänzt wurde das Ganze noch durch ein türkisches Bad mit zwei Schwitzräumen und einem Hallenbad (übrigens dem ersten und bis 1906 einzigen der Schweiz). Nach bewegten Jahren und diversen Nutzungen beherbergt das Haus zurzeit die Stadtpolizei Winterthur.

Und nun könnte sie wiedererstehen,

die «Badewannenmoschee». Das jedenfalls geht aus einer Projektstudie hervor, die der Winterthurer Stadtrat in Auftrag gegeben hat. Denn nach der Abstimmung im November 2016 steht definitiv fest, dass rund 6 100 Quadratmeter inmitten der Stadt nach dem Auszug der Polizei frei werden. Der Entscheid, was mit dem zentralen Areal, das sehr viel Potential mit sich bringt, geschieht, wird grosse Auswirkungen auf die Winterthurer Altstadt haben.

Der Standort wäre ideal für ein Projekt, das nachhaltige Lebens- und Arbeitsstile begünstigt und trotzdem den Charakter des Obertors mit seinen kleinen Läden und Lokalen bewahrt und stärkt. Ideen gibt es bereits viele. So haben neben politischen Kreisen auch Personen aus dem Kreis der Winterthurer Kulturlobby das Potential des Areals

erkannt und spinnen bereits viele Nutzungsideen. Als Vorbild dient auch das Beispiel des Lagerplatzes, ein Ort, der floriert, spannend und attraktiv ist und an dem Mieterinnen und Mieter sich aktiv einbringen können.

In einem ersten Schritt geht es aber primär darum, dafür zu sorgen, dass das Areal im Sinne einer nachhaltigen Finanz- und Bodenpolitik in städtischer Hand bleibt. Zudem soll eine Kooperation mit einem gemeinnützigen Partner angestrebt werden. Dies soll garantieren, dass die breite Bevölkerung von neuen Nutzungen, die das Areal ermöglicht, profitieren kann.

Katharina Gander, AL Gemeinderätin Winterthur

Mehr Informationen zur Testplanung: <https://goo.gl/etEBs7>

Weiterhin kontroverse Diskussion um die Limmattalbahn

Der Bau der Limmattalbahn, eigentlich ein Tram, wurde am 22. November 2015 in einer Volksabstimmung angenommen. Damit ist die Diskussion aber noch längst nicht beendet. Ein Initiativkomitee lancierte eine kantonale und eine kommunale Initiative, welche den Bau der Limmattalbahn ab Schlieren verhindern oder, im Falle der kommunalen Initiative in Dietikon, wenigstens behindern sollen.

Bau der Limmattalbahn auf gutem Weg

Dem Bau der Limmattalbahn stimmten die Stimmenden mit 64% Ja-Stimmen klar zu. Allerdings waren die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger im Limmattal dagegen. Da es sich um ein kantonales Projekt und damit auch um eine kantonale Abstimmung handelt, ist dies bedeutungslos. Die Vorarbeiten für den Bau der Limmattalbahn laufen denn auch auf Hochtouren. Der Betreiber ist gewählt und beschäftigt sich mit der Wahl der Fahrzeuge. Als Depotstandort stimmte der Kantonsrat dem «Müsl» zu. Der Bau der ersten Etappe bis Schlieren wird noch in diesem Monat in Angriff genommen. Daneben wurde mit den flankierenden Strassenbau-Massnahmen begonnen. Der Bau der zweiten Etappe soll 2020 beginnen. Die Inbetriebnahme der ganzen Bahn ist für 2022 geplant.

Eine kantonale Initiative soll Bau von Schlieren nach Killwangen verhindern

Nun will ein Initiativkomitee den Bau der Limmattalbahn weiter als Schlieren

verhindern. Ende Juli wurde eine Initiative in Form einer einfachen Anregung eingereicht. Sie fordert, auf den Bau der Limmattalbahn ab Schlieren zu verzichten und den Kreditbeschluss rückgängig zu machen.

Die Initiative muss spätestens drei Jahre nach der Einreichung zur Abstimmung kommen. Vorher muss jedoch der Kanton die Gültigkeit abklären. Man kann sich durchaus fragen, ob in Anbetracht der grossen, bereits ausgegebenen Mittel die Initiative überhaupt durchführbar und damit gültig ist. Für die Ungültigkeitserklärung wäre eine Zweidrittelmehrheit des Kantonsrats nötig. Das heisst, allein die Stimmen von SVP und EDU reichen aus, um die Ungültigkeitserklärung zu verhindern. Es ist daher nicht von einer Ungültigkeitserklärung auszugehen. Interessant ist übrigens, wer im Initiativkomitee sitzt: neben Altstadträten aus Dietikon, Vertretern aus dem Spitalquartier in Schlieren auch Mitglieder aus andern Teilen des Kantons, so SVP-Kantonsrat Amrein aus Küsnacht, der bei den letzten Wahlen abgewählte ehemalige SVP-Kantonsrat Habicher aus Altstetten und von den Dietiker Gemeinderäten nur der Vertreter der Demokratischen Partei (DP). Nach Jahren der Inaktivität ist die DP nun mit einem ehemaligen FDPler und von der FDP nicht mehr nominierten Gemeinderat wieder im Dietiker Parlament vertreten.

Eine seltsame kommunale Initiative – Einfluss auf die Wahlen

Offenbar wollte man unbedingt auch in Dietikon eine Initiative einreichen und

fordert nun, dass jeder Kreditbeschluss in Zusammenhang mit der Limmattalbahn über 50 000 Franken obligatorisch der Volksabstimmung unterstellt werden soll. Wenn also Dietikon die Chance hätte, das Projekt auf eigene Kosten zu verbessern, so soll dies behindert werden.

Den Sinn dieser Initiative kann man kaum nachvollziehen. Ausser man denkt an den Einfluss der Diskussion auf die Wahlen. Der Präsident des kantonalen Initiativkomitees hat seine Ambitionen auf ein Stadtratsmandat bereits deutlich geäussert. Der DP-Gemeinderat sprach vom Wahltag als Zahltag.

Daneben wird es dem Gros der etablierten Parteien obliegen, der Bevölkerung ihre Haltung zu erklären und auf die Chancenlosigkeit der Initiative hinzuweisen.

Zugegeben, das seinerzeitige Nein der Limmattaler zur Limmattalbahn war eine schwere Niederlage für uns. Wir haben aber nun keinen Grund, die Fahne nach dem Wind zu drehen. Wir müssen uns für eine möglichst optimale Verwirklichung der Limmattalbahn mit den richtigen Massnahmen in der Bau- und Zonenordnung einsetzen. Gerade aus dieser Diskussion verabschieden sich die Gegner der Limmattalbahn. Dies zeigt sich zum Beispiel durch das Fernbleiben des DP-Vertreters von den Workshops zur Richtplanrevision.

Ernst Joss, AL Gemeinderat Dietikon

Bericht aus dem Kantonsrat

Kantonale Kulturförderung auf festen Boden stellen



Mit der bundesweiten Einführung des neuen Geldspielgesetzes sind die Kantone dazu verpflichtet, ihre Ausgaben aus dem Lotteriegelder-Topf gesetzlich zu verankern. Das bedeutet für Zürich eine grundsätzliche Debatte, da sich der Kanton ein lottriges Trauerspiel zur Finanzierung der Kulturförderung geleistet hat: In der Legislatur 2010-2014 wurden die Kulturbeiträge für das freie Kultur- und Filmschaffen im Kulturfonds des Lotteriegelder-Topf einmalig erhöht. Zeitgleich wurden die Ausgaben im ordentlichen Budget des Kantons für das freie Kulturschaffen gestrichen. Das war ein sparpolitisches Manöver, das 2015 durch den bürgerlichen Kantonsrat zementiert und zähneknirschend von den linken Reihen mitgetragen wurde. Seither ist die Finanzierung der Förderbeiträge für das freie Kulturschaffen im Staatshaushalt bis 2021 nicht mehr gesetzlich verankert.

Regierungsrätin Jaqueline Fehr (SP) beauftragte die Universität St. Gallen für eine Studie zur «Finanzierung der Kultur-

förderung des Kantons Zürich». Diese Studie empfiehlt drei Modelle: 1) gesetzliche Verankerung des Kulturfonds, 2) Einführung eines Kulturkapitels, 3) Gründung einer Kulturstiftung.

Mir geht es so: Eine Kulturstiftung würde die Kulturschaffenden gegeneinander ausspielen. Zudem gibt es schon genug Kultur, die von Sponsoring lebt. Die Politik würde sich komplett ihrer Verpflichtung entziehen. Das Modell «Kulturkapitel» würde das politische Mitspracherecht auf ein Minimum reduzieren und der Fachstelle Kultur grössere Entscheidungsfreiheit lassen. Die gesetzliche Verankerung des bisherigen Kulturfonds ist die richtige Wahl: Kulturförderung ist und bleibt Staatsaufgabe, sie ist so wichtig wie der Strassenbau. Weder soll Kulturförderung dem freien Markt überlassen werden, noch soll die Politik komplett ausgeschlossen werden.

Nachhaltige Förderung beinhaltet Rechte und Pflichten – wechselseitig von Geber und Empfänger. Es ist transparent und demokratisch und bedeutet schlichte Würdigung: Kultur ist ein prägender Pfeiler der Gesellschaft, gleichwertig mit Bildung, Gesundheit, Verkehr.

Laura Huonker, Kantonsrätin AL

Aus dem Gemeinderat Zürich

Gebühren und Skandale: Neues aus dem Hause ERZ!



In der Ratssitzung vom 28. Juni wurde die Motion von Andreas Kirstein (AL) und Albert Leiser (FDP) zur befristeten Senkung der Grundgebühren beim Abwasser mit allen Stimmen ohne Enthaltung überwiesen. Dies, nachdem auch der Stadtrat bereit war, die Motion entgegen zu nehmen. Noch letztes Jahr hatte derselbe Rat eine Motion mit der gleichen Forderung nur für den Abfall überwiesen und das Abwasser von einer Gebührensenkung ausgenommen.

Warum der Gesinnungswandel? Zum einen ist sicher das Vertrauen in die ERZ zurecht tief erschüttert, zum anderen hat die Rechnung für das Jahr 2016 einmal mehr gezeigt, dass die versprochene Senkung der Gewinne nicht stattgefunden hat. Im Gegenteil: Im Topf der Spezialreserve waren Ende 2016 bereits 115 Mio. Franken gebunkert, und das bei Gesamtgebühreneinnahmen von Abfall und Abwasser von 120 Mio. Franken im Jahr. Zudem hat Stadtrat Leutenegger auf

Druck der AL und unter dem Eindruck der jüngsten Skandale ums ERZ eine neue Abschreibungspraxis verfügt, was weitere ca. 34 Mio. pro Jahr in die Kassen von ERZ spülen wird. Damit erhält ein über 10 Jahre dauernder Kampf der AL um faire Gebühren im ERZ endlich eine späte Anerkennung.

Die nächste Aufgabe wird es sein, Mehrheiten für eine Sanierung der Gebührenpolitik des ERZ zu schaffen. Eine entsprechende Motion Kirstein/Leiser wurde am 23. August eingereicht. Sie fordert einen Mechanismus, der nachhaltig verhindert, dass der Gebührentopf nochmals so unverschämt anschwellen kann.

Die chronische Überbudgetierung und die zu Lasten von uns Gebührenzahlenden angehäuften Reservepolster sind nur eine Seite der Medaille. Wo mit der grossen Kelle angerichtet wird, herrschen eben auch Intransparenz und Misswirtschaft wie das Beispiel ERZ überdeutlich zeigt. Deshalb hat die AL auch engagiert für die Einsetzung einer Parlamentarischen Untersuchungskommission gekämpft, die diesen Herbst ihre Arbeit beginnen wird.

Andreas Kirstein, Fraktionspräsident AL

Unruhe bewahrt!

26. Juni: Die Kantonsratsfraktion stellt bei der Regierung Erkundungen nach Finanzierungsmöglichkeiten des Lehratellers «**Berufsfachschule Winterthur**» an.

26. Juni: Die AL reicht im Kantonsrat eine Motion ein, die dafür sorgen soll, dass der Regierungsrat vom Bund erhaltene Gelder für **familienergänzende Betreuung** auch tatsächlich zu Entlastung der Eltern einsetzt.

28. Juni: Die Gemeinderatsfraktion reicht eine Motion ein, die den Stadtrat beauftragt, dem Gemeinderat einen Objektkredit für die Bereitstellung einer **Kindergarten- und Horteinrichtung** im Gebiet zwischen Sihlcity und Bahnhof Giesshübel vorzulegen.



03. Juli: Durch eine schriftlichen Anfrage an den Regierungsrat stellt die AL-Fraktion die neutrale Haltung des Staates im Abstimmungskampf um die **Privatisierung des Kantons-**

spitals und der Integrierten Psychiatrie Winterthur in Frage.

06. Juli: Mit einer Protesterklärung im Rat setzt sich die AL-Fraktion gegen die **Schliessung der Poststelle Aussersihl** ein. Sie kritisiert, dass der Stadtrat die Schliessung mutlos akzeptiert.

12. Juli: Die Forderung der AL-Fraktion nach einer **parlamentarischen Untersuchung im ERZ** wird vom Parlament einstimmig angenommen. Nun legt die Fraktion in einer Medienmitteilung ihre Fragen an die Untersuchungskommission dar.



13. Juli: AL-Aktivist*innen protestieren gegen die «Besichtigung der Beute» durch die **Swiss Life** vor dem Haus an der Rämistrasse 39, das die Stadt im Tausch an den Immobilien-Hai abgeben will.

13. Juli: Die Gemeinderatsfraktion fordert in einer Fraktionserklärung mehr Transparenz in der **Gesundheitspolitik** und kritisiert die neoliberale Wettbewerbslogik, nach der die Stadtspitäler funktionieren müssen.

23. August: Dank einem Vorstoss der AL-Fraktion im Gemeinderat beantragt der Stadtrat eine **Senkung der Abwassergebühren**. Unnötiger Reserven-Bildung wird damit ein Riegel vorgeschoben.

Politik, Gerechtigkeit und idealer Staat



Griechisch Politeía bedeutet der Staat. Platon beschäftigt sich in seinem philosophischen Werk «Politeía» mit der Gerechtigkeit und deren Verwirklichung

in einem idealen Staat. Die Abhandlung ist als kontroverser Dialog zwischen Freunden konzipiert. Platon definierte darin bis heute gültige Grundpfeiler der Politik: 1. Politik soll der Gerechtigkeit dienen. 2. Sie soll von der Vision eines idealen Staates geleitet sein. 3. Sie soll den Dialog zwischen widerstreitenden Positionen ermöglichen. 4. Sie soll zu solidarisch getragenen Lösungen führen.

Für mich bedeutet Politik in erster Linie die Stärkung einer pluralistischen Gesellschaft, welche auf Gesetzen basiert, die jedem Menschen Sicherheit bieten und Gerechtigkeit garantieren, unabhängig vom Aufenthaltsstatus und der sozialen, religiösen oder ethnischen Zugehörigkeit. Die Teilhabe am politischen Dialog soll für alle genauso selbstverständlich sein wie das Mittragen der ausgehandelten Lösungen. Die bürgerlichen Grundrechte sind ein zivilisatorisches Gut, das zu hüten sich lohnt, insbesondere gegenüber jenen politischen Stimmen, welche Konflikte und Ängste schüren, mit dem Ziel die Gesellschaft zu spalten, den Dialog zu torpedieren und den Konsens zu verhindern. Wer Hass, Misstrauen und Angst sät, destabilisiert die Gesellschaft und gefährdet so mutwillig die Basis jeder konstruktiven Politik. Diesen destruktiven Stimmen gilt es die Stirn zu bieten, indem wir uns stark machen für eine Politik, die uns als Gesellschaft zusammenführt, und uns im Sinne der Gerechtigkeit weiterbringt.

Richard Wolff, Stadtrat AL

Von einer improvisierten Pflasterlipolitik zu einer koordinierten Therapieplanung

Der Zugang zu einem qualitativ hochstehenden Gesundheitssystem, welches sich an den Bedürfnissen der Bevölkerung orientiert, wird in Zürich hauptsächlich durch die Stadtspitäler garantiert. Täglich löst das Personal in beiden Häusern diese Aufgabe mit Bravour, was sich in ihrer grossen Beliebtheit bei der Stadtbevölkerung zeigt. Die AL ist deshalb um die Stabilität unserer Stadtspitäler besorgt und stimmte den dem Gemeinderat am 12. Juli vorgelegten Zusatzkreditanträgen für das Stadtspital Triemli und für das Stadtspital Waid zu.

Die AL anerkennt mit dieser Handlung, dass die Rahmensituation, in welcher sich beide Häuser befinden, zu einem bedeutenden Teil von fremden Faktoren bestimmt wird. Keines der Stadtspitäler kann für die Errichtung eines katastrophalen Pseudowettbewerbsystems neoliberaler Prägung mit einer von Beginn an falsch konzipierten Fallpauschalenlogik verantwortlich gemacht werden. Und auch trägt keines der Stadtspitäler die Verantwortung für die skurrile kantonale Gesetzgebung. Bei diesen Themen müssen beide Häuser tatsächlich jene Suppe auslöffeln, welche in nationalen und kantonalen Parlamenten von bürgerlichen Politiker*innen gekocht wurden.

Allerdings heisst das nicht, dass beide Stadtspitäler und insbesondere die Vorsterin des Gesundheitsdepartements nicht mehr zur Lösung der aktuellen Misere beitragen könnten. Beispielsweise vermisst die AL-Fraktion seitens des Stadtrats eine klarere Verteidigung der Interessen der Stadtspitäler gegenüber dem Kanton. Die zu tiefe Basisrate für die universitären Leistungen des Stadtspitals Waid oder die verpasste Diskussion um die richtige Platzierung der USZ-Neubauten sind zwei Beispiele dafür, dass die Stadt ihre Position nicht genügend verteidigt hat. Eine politisch zu passive Haltung beobachtet die AL aber auch bei den Direktionen beider Stadtspitäler. Mit anderen ehemals öffentlichen Krankenhäusern zusammen generieren das «Waid» und das «Triemli» einen jährlichen Umsatz von 3.25 Milliarden Franken. Volkswirtschaftlich gesehen ist das ein bedeutender Faktor in der Wertschöpfung, welcher jedoch infolge einer wenig selbstbewussten Haltung gegenüber der kantonalen Gesundheitsdirektion politisch nicht genutzt wird.

Die Schwierigkeiten der Stadtspitäler sind sowohl fremd- wie hausgemacht und – wie man im Gemeinderat regelmässig feststellt – verursachen sie strukturelle Defizite in beiden Institutionen. Diese

müssen mit Dringlichkeit und genügend Tiefgang angegangen werden. Die vor einigen Wochen vom Stadtrat vorgelegte Spitälerstrategie würde eine Möglichkeit bieten, um die Probleme beider Stadtspitäler angehen zu können. Voraussetzung hierfür wäre allerdings, dass man das Nebulöse der Strategie lichten und eine konkrete Analyse der Mehrleistungen, welche beide Häuser als quasi-universitäre Institutionen erbringen, durchführen und die Mehrkosten endlich offenlegen würde.

Das «Triemli» und das «Waid» gehören zur unverzichtbaren öffentlichen Infrastruktur der Stadt und bilden für die AL wichtige Bestandteile des städtischen Gesundheitssystems. Beide Häuser zeigen jedoch seit geraumer Zeit auch multiple Symptome, weshalb sie sich immer häufiger an den Gemeinderat mit der Bitte nach Behandlung wenden. Bisher wurde entweder abwartend oder dann reflexartig mit einem finanziellen Pflaster reagiert. So oder so wirkte die bisherige Therapie unkoordiniert. Anstatt einer klaren Darstellung der Fakten wurde das städtische Parlament auf verschiedenen Ebenen über finanztechnische Details informiert.



Deshalb fordert die AL einen Kurswechsel: Wir wollen Transparenz und keine schonenden Worthülsen. Wir alle können diese Klarheit ertragen. Sie ist allemal besser als diese halbjährlichen finanziellen Notfallübungen. Die Situation beider Stadtspitäler bedarf nun neben einer korrekten Diagnostik auch einer gut koordinierten Therapieplanung. Werden diese Schritte der Bevölkerung transparent erklärt, so ist es sicher, dass die Menschen in Zürich für diese therapeutischen Spitalmehrkosten aufkommen werden. Denn Gesundheit ist keine Marktware und ihr Erhalt und ihre Wiederherstellung betrifft uns alle – so wie das «Triemli» und das «Waid» es auch tun.

David Garcia, Gemeinderat AL